

*Peter Felixberger*

## **Achtung: Wahrheit!**

Gerechtigkeit als Semantikcontainer

Soziale Gerechtigkeit ist eines der umstrittensten Themen in der politischen Öffentlichkeit. Umstritten deshalb, weil es erstens eine unübersichtliche soziale Meinungsverteilung gibt (Differenzen, Widersprüche, Antinomien) sowie zweitens Begriffsdefinitionen und daraus abgeleitete Schlussfolgerungen und Lösungskonglomerate willkürlich und unscharf verwendet werden. Jedes öffentlichkeitsrelevante Thema – hier verstanden als Bündel aller jeweils aktuell verwendeten Theorie-, Kommunikations- und Argumentationsstränge – erzeugt deshalb auch Begriffsfindungs- und Begriffsverwendungsstörungen in einer Gesellschaft. Irgendjemand verwendet eine Begrifflichkeit irgendwo immer anders, als sie ein anderer versteht. Und: Jeder Begriff wird entsprechend so aufgeladen, wie er im eigenen Kommunikationsraum und -kontext kompatibel und anschlussfähig ist. Daraus ergeben sich zwei Folgen:

Alle Akteure bunkern ihre Wahrheiten in eigenen Semantikcontainern und stempeln konkurrierende Wahrheiten ab. Jüngst erst hat die SPD das Thema »Soziale Gerechtigkeit« wieder zum Wahlkampfthema Nummer 1 erkoren. Im Wahljahr gilt es, rechtzeitig den Claim abzustechen und sich vom politischen Gegner abzugrenzen. In den nächsten Monaten werden wieder diverse narrative Kleinkriege um Gerechtigkeit ausgefochten.

Blenden wir mitten hinein in die Gefechtslage: Soll das Vermögen der Reichen mehr oder weniger besteuert werden? Die Gesellschaft ist sich uneins. Die Leistungsgerechten rufen: »Finger weg von den Steuern!« Leistung müsse sich weiterhin lohnen dürfen. Die Verteilungsge-

rechten poltern zurück: »Ran an die Steuern!« Nur die Umverteilung von oben nach unten schaffe zufriedene Bürger. Soziale Ungleichheit wird zum medialen Rattenrennen. Titelzeilen lauten: »Ungestört Milliardär bleiben«, »Reich vererbt sich«, »Egoismus statt Gemeinsinn« oder »Die Gerechtigkeitsmisere«. Das Problem dahinter: Jede Debatte und Diskussion über soziale Gerechtigkeit mäandert nur im Delta der eigenen Urteile und Wahrheiten. So haben Politiker und Hartz-IV-Empfänger einen anderen Gerechtigkeitsbegriff als Unternehmer und Manager. Und beide Seiten reden kräftig aneinander vorbei, wenn es um ein gemeinsames Verständnis geht. Game over!

## **Die große Parade der Wahrheiten beginnt**

Variante 1 argumentiert anschlusskommunikativ wie folgt: Soziale Ungleichheit werde von den meisten Deutschen mittlerweile als »zu groß« empfunden. Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich schade langfristig der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. In Variante 2 weiß es ein Wirtschaftsforscher anders: »Ungleichheit ist für eine Marktwirtschaft unabdingbar, es kommt auf das richtige Maß an. In den USA bekommen die oberen zehn Prozent 5,1-mal höhere Löhne als die unteren zehn Prozent – in Deutschland ist das Verhältnis eins zu 3,4. Wir stehen besser da als der Schnitt der OECD-Staaten. Und die Menschen empfinden das auch so: Noch nie seit der Wiedervereinigung waren die Sorgen um die eigene wie die allgemeine wirtschaftliche Lage so niedrig wie heute.« Ein Lehrstuhlinhaber für Soziale Ungleichheit spricht hingegen von der »Abstiegsgesellschaft«. Einer Gesellschaft, in der es zwar mehr Erwerbstätige als je zuvor gibt, diese »aber weniger Rechte, weniger soziale Sicherheit und geringere Einkommen haben«. Wer aber steigt auf, und wer steigt ab? Zwei italienische Banker haben stellvertretend die Steuerdaten einer oberitalienischen Stadt unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: »Die Top-Verdiener unter den heutigen Steuerzahlern standen bereits vor sechs Jahrhunderten an der Spitze der Leiter.«

Es gebe offenbar einen Glasboden, der die Reichen davor schützt, sozial abzustürzen. Das gelte vermutlich, so die Banker, auch für alle anderen Länder Westeuropas. Und weiter geht's! Jetzt werden geradezu archetypische Reflexe ausgelöst.

Auftritt eines Wohlfahrtsverbandes, von dem seit vielen Jahren die soziale Lage der Nation ins Visier genommen wird. 2016 klingt es im Resümee wie folgt: »Deutschland ist nicht nur eines der reichsten Länder dieser Welt, sondern auch eines der Länder mit der höchsten sozialen Ungleichheit.« Die Vermögensstatistik zeige, dass »das wohlhabendste Prozent der Bevölkerung fast ein Drittel des gesamten privaten Nettovermögens« beanspruche, »während 40 Prozent der Bevölkerung ohne nennenswerte Besitztümer dastehen«. Auch die Einkommensunterschiede würden weiter wachsen. »So seien die realen Einkommen des Erwerbstätigenzehntels mit den besten Verdiensten zwischen 2010 und 2012 um 15 Prozent gestiegen, während die mittleren und unteren Einkommensgruppen Kaufkraftverluste hätten hinnehmen müssen. Derart große Ungleichgewichte würden zunehmend als ungerecht empfunden und schwächten Zusammenhalt und Solidarität.«

## **Wir schalten einen Gang zurück**

Stichwort: Lohngerechtigkeit. Sie ist in der empirischen Gerechtigkeitsforschung ein zentrales Untersuchungsfeld. Wie gerecht oder ungerecht empfinden die Menschen ihre Löhne – bei sich und anderen? Seit Langem weiß man, dass Beschäftigte den Lohn stets aus zwei Perspektiven bewerten: Erstens das Verhältnis von Anstrengung und Entlohnung im Vergleich zu anderen Beschäftigten. Und zweitens die leistungsgerechte Verteilung zwischen Beschäftigten und Unternehmenseignern, also die kollektiven Leistungsanteile. Aus dem Jenseits lässt sich ein britischer Industriesoziologe deutscher Herkunft vernehmen, der einst als Erster das »Gesetz der Grenzdisparität« formuliert hat: »Im rationalen Verhalten der Unternehmer und der Arbeiter wird ein solches Maß an

Disparität zwischen Arbeitsmühe und Arbeitsentgelt angestrebt, das gerade noch zumutbar ist, ohne einen offenen Konflikt auszulösen.« Will sagen: Der Einzelne arbeitet so viel, wie er bezahlt bekommt. Und die Firma bezahlt so viel, wie der Einzelne arbeitet. Irgendwo dazwischen wird der Stein der Gerechtigkeit gesucht.

Diese Grenzdisparität wird bis zum heutigen Tage in Deutschland untersucht. Befragt werden regelmäßig Erwachsene zur Angemessenheit der eigenen Entlohnung sowie zu der von Managern und Hilfsarbeitern, also der Gehälter oben und der Bezahlung unten. Das Ergebnis: 54 Prozent der befragten Erwerbstätigen empfinden ihr aktuelles Einkommen als gerecht (als Balance zwischen Arbeitsmühe und Arbeitsentgelt). Hingegen empfinden nur 23 Prozent der Befragten Managergehälter und 29 Prozent Hilfsarbeiterlöhne als gerecht. Ein Arbeitssoziologe kommentiert: »Politisch bedeutsam ist, dass das Ausmaß an empfundener Entlohnungsungerechtigkeit bei den Managergehältern deutlich größer ist als beim eigenen Einkommen oder bei den Hilfsarbeiterlöhnen.« Rund 75 Prozent empfinden Managergehälter als zu hoch, rund 70 Prozent Hilfsarbeiterlöhne als zu niedrig.

## **Spielball Mindestlohn**

Zu niedrig? Wir sind beim Mindestlohn angekommen. Gerechtigkeits-theoretisch ist er eine arg strapazierte Denkfigur. Die Verteilungsge-rechten sind sich schnell einig: »Mindestlöhne sorgen für Gerechtigkeit. Mindestlöhne stoppen die Abwärtsspirale der Löhne, unter der immer häufiger auch Beschäftigte mit Berufsausbildung oder Studium leiden.« Mindestlöhne schaffen einen »fairen Wettbewerb«, weil mehr Löhne die Binnenwirtschaft ankurbeln, für mehr Gleichberechtigung sorgen (Frauen werden von Lohnarmut befreit), »würdigere Arbeitsbedingun-gen« schaffen und den Staatshaushalt entlasten. Kurzum: Würde der Staat Mindestlöhne vorschreiben, hätte dies volkswirtschaftlich einen höheren Nutzen – bei gerechteren Löhnen für alle.

Die Leistungsgerechten pochen wiederum auf ihre Sicht der Dinge: »Wenn Mindestlöhne ... eingeführt werden, ist das letztlich nichts anderes als eine protektionistische Maßnahme. Der Wettbewerb wird eingeschränkt und die Preise werden künstlich hochgehalten.« Mindestlöhne würden keinen beschäftigungspolitischen oder volkswirtschaftlichen Nutzen stiften. »Potentielle Wohlfahrtsgewinne« seien nicht zu erwarten. Kurzum: Würde der Staat Mindestlöhne vorschreiben, würde es über die Verteuerung von Arbeit zu höheren Preisen, zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zu volkswirtschaftlich negativen Effekten kommen.

Auftritt eines Fast-Kanzlerkandidaten von morgen: »Wer 40 Stunden die Woche arbeitet, erhält am Ende des Monats rund 1470 Euro brutto. Nicht viel für ein Arbeiten in Würde. Auch diese Beschäftigten gehören zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft. Hier liegt die größte moralisch-ökonomische Herausforderung, die sich unserer Volkswirtschaft überhaupt stellt: dass so viele, die sich anstrengen und vieles richtig machen, trotzdem nicht weit kommen. Da müssen wir ran.«

Ran an was? In der Praxis zeigen sich die unterschiedlichsten Folgeabschätzungen des Mindestlohns, die je nach Lagerzugehörigkeit unterschiedlich interpretiert werden. Es gibt Verlierer und Gewinner, je nachdem, welche Sichtachse man anlegt. So hat die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von derzeit 8,50 Euro je Stunde beispielsweise die Zahl der Praktikumsplätze in Deutschland um mehr als die Hälfte verringert. Vor der Einführung des Mindestlohns im Januar 2015 bestätigten rund 70 Prozent der Unternehmen, sie böten freiwillige Praktikumsplätze an, danach waren es nur noch rund 34 Prozent. Leidtragende sind vor allem junge Menschen, die deutlich weniger »Schnupperpraktika« zur ersten Berufsorientierung angeboten bekommen. Nicht gut. Andererseits profitieren schwerbehinderte Menschen vom Mindestlohn, weil er ihnen größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet. Sogenannte Integrationsfirmen, in denen mindestens 25 Prozent der Belegschaft Menschen mit Behinderung sind, zahlen nämlich Mindestlohn und damit mehr als bisher in Werkstätten und anderen Behinderteneinrichtungen. Die Zahl der Integrationsfirmen solle sich

in den nächsten Jahren verdoppeln. Ein entsprechender Antrag im Bundestag wird 2016 noch verabschiedet. Gut.

## **Wir schalten wieder einen Gang höher**

Um die beiden Sichtachsen Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit besser zu verstehen, müssen wir ihre Herkunft näher beleuchten. In den jeweiligen Semantikcontainern liegen Begriffe, Thesen und Argumente bereit, mit denen sich die Selbstgerechten beider Welten munitionieren, wenn sie in die Arena politischer Auseinandersetzungen steigen.

Im Mittelpunkt der Leistungsgerechtigkeit steht der Einzelne, der über Leistung den Grad seiner persönlichen Freiheit bestimmt. Autonom ist, wer etwas leistet. Unfrei ist, wer nichts leisten darf und kann (Paradigma einer liberalistischen Gerechtigkeit). Es geht um die Verteidigung einer liberalen Ökonomie. Die soziale Steuerung erfolgt über den Markt. Im Mittelpunkt der Verteilungsgerechtigkeit steht der Sozialstaat, der soziale Gleichheit für alle herstellen und soziale Ungleichheit kompensieren will (Paradigma einer egalitaristischen Gerechtigkeit). Es geht um die Herstellung einer umfassenden sozialen Gerechtigkeit durch die Legitimierung gesellschaftlicher Institutionen. Die soziale Steuerung erfolgt über Hierarchie.

Anders gesagt: Es entsteht eine diskursive Kampfzone zwischen staatlicher Lenkung und Kontrolle sowie ungezügelter Markt und Nicht-einmischung. Damit wird eine differenzierte Begründungsarchitektur vitalisiert, aus der man sich je nach narrativen Erfordernissen bedienen kann. Einerseits soll der Staat führen und lenken, andererseits will der Einzelne nicht geführt werden, sondern sich selbst führen. Es kommt zu einem Dilemma aus Führen und Geführt-Werden, aus Fremd- und Selbstherrschaft. Dahinter leuchtet das Demokratieparadoxon. Der Bürger soll selbst herrschen, gleichzeitig auch beherrscht werden.

Was wiederum nur funktionieren kann, wenn alle Bürger über gleiche Ressourcen verfügen und nicht über andere herrschen können. Um

dies zu erreichen, müssen die Mittel so verteilt werden (entweder bei Eintritt in die oder während des ganzen Lebens in einer Gesellschaft), dass sich niemand benachteiligt fühlt. Ein amerikanischer Großphilosoph meldet sich aus dem Jenseits: »Nehmen wir zum Beispiel an, dass ein einigermaßen wohlhabender Mann mehrere Kinder hat, von denen eines blind ist, ein anderes ein Playboy mit kostspieligen Vorhaben, ein drittes ein angehender Politiker mit teuren Ambitionen, ein weiteres ein Dichter mit bescheidenen Bedürfnissen, ein fünftes ein Bildhauer, der mit teuren Materialien arbeitet, und so weiter. Wie soll er sein Testament gestalten?« Wenn es ihm nur um das Wohlergehen seiner Kinder geht, würde er es sehr unterschiedlich verteilen, womöglich dem Schwächsten am meisten geben. Wenn er hingegen Ressourcen-gleichheit erreichen will, müsste er sein Vermögen zu gleichen Teilen aufteilen, vorausgesetzt, die Kinder sind in etwa gleich wohlhabend. Der individuelle Lebensentwurf mit seiner je spezifischen Glücks-, Wohlergehens- und Erfolgsarchitektur rückt jetzt ins Zentrum egalitaristischer Rechtfertigungsbemühungen. Da Menschen aber diesbezüglich ganz unterschiedliche Präferenzen haben, wird das Geschäft des Umverteilens unübersichtlicher und schwieriger. Anders gesagt: Die Ungleichheit individueller Ansprüche, Ziele und Erwartungen stiftet in der liberalen Gleichheitssemantik Verwirrung. Um im Beispiel zu bleiben: Würde der Vater zu dem Ergebnis kommen, dass er dem behinderten Kind zum Ausgleich mehr vom Erbe zukommen lässt, würde er gleichzeitig dem Kind mit den teuren Ansprüchen Ressourcen vorenthalten, um dessen kostenintensiveres Leben besser zu finanzieren. Es gibt »keine Symmetrie zwischen der Ressourcenungleichheit, die Beeinträchtigungen ausgleichen soll, und der Ressourcenungleichheit, die zur Finanzierung eines teuren Lebensstils erforderlich ist«. Das Problem ist sogar: Wer Wohlergehensgleichheit will, erntet Ressourcenungleichheit. Und umgekehrt: Wer Ressourcengleichheit will, wird Wohlergehensungleichheit in Kauf nehmen müssen. Kurzum: Würde das behinderte Kind mehr Vermögen bekommen, würde das erfolgsambitionierte Kind dadurch ungleich behandelt. Würden beide gleich viel Vermögen er-

halten, würde das behinderte Kind eingeschränkt sein, sein Wohlergehen zu erhöhen.

Kein Wunder, dass der Egalitarismus stark unter Beschuss gerät. Graue Theorie, sagen die Kritiker. Besser konkret die Welt verändern. Auftritt eines Nonegalitaristen: »Es kommt darauf an, ob Menschen ein gutes Leben führen, und nicht, wie deren Leben relativ zu dem Leben anderer steht.« Nicht die Gleichheit ist das Ziel, sondern menschenwürdige Lebensbedingungen für alle. Im Zentrum steht für die Nonegalitaristen deshalb der Leitbegriff der Menschenwürde. Dieses Konzept einer menschenwürdigen Gleichheit zielt auf eine »anständige Gesellschaft«, welche die Beseitigung jeder Form von Ungleichheit zum Ziel hat, die zu individueller Demütigung führt. Gemeint sind damit alle Handlungen und Kommunikationen, welche soziale Unterordnung bis hin zu sozialem Ausschluss von Nicht-Gleichen nach sich ziehen. Demütigende Ungleichheit ist per se nicht zu tolerieren. »Das Übel ist die Armut sowie das Leiden und die Erniedrigung, die mit ihr einhergehen, nicht die Ungleichheit.«

## **Spielball Armut**

Zurück im richtigen Leben kommt es zu einem beiderseitigen Aufbrausen gegen Demütigung und Ausgrenzung durch Armut. Wir erleben wieder jene moralisch begründete Selbstvergewisserung und Zentrierung, die keinen Brückenschlag zulässt. Auftritt einer ehemaligen Stadt-senatorin, jetzt Sprecherin einer Landesarmutskonferenz: »Es gibt immer mehr Familien, in denen Armut vererbt wird. Die Kinder wachsen in Lebensumstände hinein, die von Frust geprägt sind. Ihnen fehlen die elterlichen Vorbilder, sie entwickeln eine Lebenshaltung, dass sowieso alles keinen Sinn macht. Wenn sie dann eine Lehrstelle suchen und zweimal abgelehnt werden, fangen sie sich nicht mehr.«

Ein wirtschaftsliberaler Leitartikler kontert: »Armut kann, erstens, sinnvollerweise nur relativ gemessen werden. Arm ist, wer nicht mehr



normal am Leben der Gesellschaft teilhaben kann, und das bedeutet in München etwas anderes als in einer afrikanischen Stadt. Mit einem deutschen Hartz-IV-Satz gehört man in Eritrea zum Mittelstand, vom Monatseinkommen eines Armen aus Eritrea lebt man in München nicht einmal einen Tag lang.« Ein Wirtschaftsprofessor unterstützt unterschwellig: »Einer vierköpfigen Familie stehen rund 2000 Euro netto im Monat an staatlichen Transferzahlungen zur Verfügung.«

Kinder, so sagen Sozialforscher, sind am stärksten von Armut bedroht. Ihre Armutsquote liegt mit 19 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Bevölkerung. »Das hat vorwiegend mit gesellschaftlichen Veränderungen und dem Wandel der Familienstrukturen zu tun: Die Zahl der Alleinerziehenden hat in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen. In dieser Gruppe ist das Armutsrisiko aber besonders ausgeprägt. Die Hälfte der armen Kinder lebt heute im Haushalt eines alleinerziehenden Elternteils.«

Ein Wirtschaftsjournalist relativiert in die andere Richtung: »Ein Einkommen, das in München nicht zum Leben reicht, kann aber in Mecklenburg-Vorpommern eine auskömmliche Existenz sichern.« Er verlangt mehr politisches Engagement: »Mehr Tempo ist gefragt beim Ausbau der Kinderbetreuung, damit Alleinerziehende nicht länger nur schlecht bezahlte Teilzeitjobs annehmen können.« Und der bereits zitierte Wirtschaftsprofessor ergänzt: »Die Armutsrisiken von Alleinerziehenden ... können nachhaltig nur verringert werden durch moderne und leistungsfähige Infrastrukturen, die familiale Defizite kompensieren, angefangen bei einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung über gut ausgestattete Schulen und Hochschulen bis hin zu den Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen.« Also doch wieder für mehr Ressourcengleichheit sorgen? Nein, ruft eine Hartz-IV-Biografin zurück: »Arm sein bedeutet, dass man immer damit beschäftigt ist, seine Existenz zu sichern, Risiken vorauszukalkulieren und jede kleine Entscheidung viel Kraft kostet und ernste Konsequenzen hat, während andere einfach ausprobieren und sich Fehler leisten können.« Menschenwürde sei der eigentliche Schlüssel, den Freiraum zur Korrektur biografischer

Fehlentscheidungen wahrnehmen und wieder, falls nötig, neu oder an einem anderen Punkt anfangen zu können.

Zur Ressourcengleichheit gleichermaßen wie zur Menschenwürde gehöre deshalb auch das Konzept eines Grundeinkommens für alle. Ein Großunternehmer brachte es früh auf den Punkt: Ein Grundeinkommen ist »die Basis für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit, das wiederum Kreativität und Leistungsfähigkeit ermöglicht«. Das Grundeinkommen sei mehr als Geld für alle: ein Startkapital, um sein Leben selbst in die Hand nehmen zu können. Wer heute Akteure in Wirtschaft und Politik danach befragt, erlebt ein gerechtigkeitspraktisches Tohuwabohu im Brennglas.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang nur einige Helden stellvertretend für ihre jeweilige Gerechtigkeitskaste:

Auftritt eines Ex-Sozialministers: »Das bedingungslose Grundeinkommen ist ungerecht und Geldverschwendung: Warum soll ein Millionär ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten, dessen er gar nicht bedarf – und das zudem von denen mitbezahlt wird, die nicht so wohlhabend sind?«

Von der Seite grätscht eine quietschfidele Parteivorsitzende: »Kurzum, es geht darum, dass jede und jeder sich aufrechten Ganges in die politische Gestaltung der Gesellschaft einbringen kann. Insofern wäre das Grundeinkommen eine Demokratiepauschale.«

Halt, ruft ein Europaabgeordneter einer konkurrierenden Fortschrittspartei: »Die Mehrkosten des Grundeinkommens gegenüber einer guten Grundsicherung sind genau die Mittel, die wir für Gemeinschaftsgüter für alle brauchen: Investitionen in gute Kinderbetreuung, Schule, Hochschule, Sozialarbeit und öffentliche Verkehrsinfrastruktur sind das Gebot der Stunde.«

Und in trauter Eintracht hebt ein Wirtschaftsforscher an: »Den Deutschen ist ein selbstbestimmtes Leben von höchstem Wert, die Erwerbsarbeit ist dafür von herausragender Bedeutung. 70 Prozent sagen: Wer mehr leistet, der soll auch mehr verdienen. Dagegen steht die Idee eines bedingungs- oder treffender leistungslosen Grundeinkommens.

Leistungslos bedeutet zugleich verantwortungslos, denn der Einzelne ist unabhängig von jeder Voraussetzung anspruchsberechtigt.«

Und ein Leitartikler spannt den Bogen zur nächsten Gerechtigkeitsfalle, in die wir gleich tappen werden: »Die deutschen Politiker, die gewählt sind, den Staat von heute und morgen zu organisieren, sollten sich auf die sehr dringende und seit Jahren verschleppte Aufgabe konzentrieren, das geltende Steuerrecht gerechter, transparenter und effektiver zu machen. Dringend muss es eine große Steuerreform geben, die die Gewichte neu verteilt und die Mittelschicht entlastet. Das bedingungslose Grundeinkommen wird nach der Schweizer Abstimmung jetzt hoffentlich wieder dort landen, wohin es bis auf Weiteres auch gehört: in die Denkerstuben der Republik.«

## Jetzt volle Fahrt

Stichwort: Steuergerechtigkeit. Zunächst müssen wir kurz klären, nach welchen Richtlinien ein gerechtes Steuersystem überhaupt aufgebaut ist. Diesbezüglich gibt es in der Volkswirtschaftslehre zwei Steuerprinzipien: das Nutzenprinzip und das Leistungsfähigkeitsprinzip.

*Nutzenprinzip:* Der Einzelne wird nach der Höhe des Nutzens besteuert, den er aus öffentlichen Gütern zieht (zum Beispiel die Mautgebühr für das Überfahren einer Brücke).

*Leistungsfähigkeitsprinzip:* Der Einzelne wird nach der Höhe des Einkommens und Vermögens besteuert, womit eine Umverteilung höherer auf ärmere Einkommensschichten erreicht wird.

Die steuerliche Leistungsfähigkeit ist mit der Fähigkeit gekoppelt, Steuern bezahlen zu können. Ein Steuerrechtswissenschaftler konkretisiert: »Das Leistungsfähigkeitsprinzip ist nur die verkürzte Bezeichnung für das Prinzip gleichmäßiger Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.« Das Leistungsfähigkeitsprinzip wird in Deutschland durch die Progression abgebildet, durch die mit steigendem Einkommen auch die Steuerlast wächst. Der Gesetzgeber ist allerdings angehalten,

Steuern nach der Maxime zu erheben, jedem »einen bestimmten, nicht übermäßigen Teil seines Einkommens« zu nehmen, »und zwar entsprechend der Höhe seines disponiblen Einkommens«.

Auftritt eines empirischen Gerechtigkeitsforschers, der sich mit dieser Höhe ausführlich beschäftigt hat und zwei Ergebnisse präsentiert. Erstens: »Wer zur Spitzenverdienergruppe gehört, beurteilt seine Steuerlast im Mittel deutlich weniger ungerecht als Bezieher niedrigerer Einkommen. In der untersten Einkommensgruppe und erst recht in den obersten Gruppen wird die eigene Steuerlast tendenziell als gerecht angesehen.« Zweitens: »Ungelernte Arbeiter zahlen aus Sicht der Mehrheit zu viel, Manager zu wenig Steuern.« Das heißt: Die Ärmsten und Reichsten stimmen der Progression zu. Die Mehrheit sieht das anders.

Womit wir wieder – identisch wie bei dem Thema Lohngerechtigkeit – zwei konfliktäre, unvereinbare Positionen vorfinden. Nehmen wir eine ganz zentrale Argumentation näher unter die Lupe. Es geht um das Für und Wider der progressiven Einkommensteuer:

*Verteilungsgerechtigkeit:* Eine progressive Einkommensteuer ist gerecht, weil sie mit steigendem Einkommen höher ausfällt. Damit findet eine geordnete Umverteilung von oben nach unten statt, die soziale Ungleichheit zu kompensieren versucht.

*Leistungsgerechtigkeit:* Eine progressive Einkommensteuer ist ungerecht, weil sie mehr Leistung mit mehr Abgaben belegt und mehr Einkommen und Kaufkraft bestraft. Damit findet eine verordnete Umverteilung von oben nach unten statt, die Leistung sozial ungleich zu bewerten versucht.

Egal, wie man es nun dreht, keiner verlässt sein Schneckenhaus. Und anschlusskommunikativ wird jede Position argumentativ bis an die Zähne bewaffnet verteidigt, wie wir am Beispiel der Vermögensteuer und dahinterliegend der Vermögensungleichheit in Deutschland gleich sehen werden.

Auftritt eines Sozialforschers: »Die Gründe für die drastische Zunahme der Vermögensungleichheit liegen jenseits der vielzitierten Leistungsgerechtigkeit. Seit den 90er Jahren sind Kapitaleinkünfte und Un-

ternehmensgewinne deutlich gestiegen, während im Verhältnis dazu die Arbeitseinkommen stark schrumpften. Dadurch wurden Besitzer von Sach- und Finanzvermögen, von Immobilien und Unternehmensbeteiligungen gegenüber denen ökonomisch bevorteilt, die für ihren Vermögensaufbau auf Arbeitseinkommen angewiesen sind.« Hinzu komme, dass zwischen 2000 und 2010 zwei Billionen Euro, immerhin 27 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland, vererbt wurden, aber fast die Hälfte der Bevölkerung davon nicht profitieren konnte. Die Folge: Immer weniger Menschen verfügen über einen Wohlstand, den sie nicht versteuern müssen und den sie vor allem nicht durch Leistung, Wettbewerb und Markterfolge erzielt haben. Ein Wirtschaftsjournalist erläutert: »Das heutige Abgabensystem verfehlt seine selbst gesteckten Ziele, es fordert die Bürger zu wenig nach ihrer Leistungsfähigkeit ... es belastet vielmehr systematisch Einkommen aus Arbeit, während es die Bildung von Vermögen, das sich aus sich selbst vermehrt, privilegiert.« Im Klartext: Jemand, der vermögend ist, aber kein Einkommen hat, muss auch keine Steuern bezahlen, obwohl er leistungsfähig ist. Weshalb ein Wirtschaftspublizist fordert: »Man kann Bar- und Firmenvermögen, Erbschaften und Immobilienbesitz deutlich höher besteuern als in Deutschland, ohne dass deshalb die Wirtschaft zugrunde geht, die Reichen auswandern oder der Kommunismus Einzug hält.«

Da kontert ein Leitartikler: »Im internationalen Vergleich ist die Belastung der Deutschen mit direkten Steuern und Abgaben nicht gerade gering ... Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit OECD kritisiert seit Langem die hohe Steuern- und Abgabenbelastung in Deutschland.« Und außerdem relativiert ein Wirtschaftsforscher: »Die Vermögensungleichheit in Deutschland ist dagegen seit der Jahrtausendwende ungefähr konstant.« Ein Kollege unterstützt ihn: »Die Debatte wäre vor einem Jahrzehnt berechtigt gewesen. 2005, als die Agenda-Reformen umgesetzt wurden, blickten wir zurück auf eine Phase, in der der Niedriglohnsektor wuchs, die Mittelschicht schwächer und die Einkommen ungleicher wurden. Seitdem aber sind all diese Indikato-

ren stabil – und wir haben eine enorme Zunahme an Beschäftigung.« Eine Umfrage unter Wirtschaftsprofessoren zeigt hinsichtlich der Vermögensungleichheit keine Eindeutigkeit. Eine große deutsche Tageszeitung fasst zusammen: »71 Prozent der Professoren sagten, diese habe zugenommen; 12 Prozent verneinten dies. Fast die Hälfte bezeichnete die Vermögensungleichheit in Deutschland als hoch, 14 Prozent als sehr hoch. Im Vergleich zur Lage in anderen Ländern des Euroraums sehen die Ökonomen die hiesige Vermögensungleichheit als eher hoch an, im Vergleich zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten sei sie jedoch eher niedrig.« Was aber auch mit anderen Faktoren zusammenhänge, wie etwa dem Immobilienbesitz, sagt ein Wirtschaftsforscher: »In Ländern, in denen viele Menschen Immobilien besitzen, ist die messbare Ungleichheit weniger hoch – und umgekehrt. In Deutschland liegt die Quote mit unter 50 Prozent international sehr niedrig, das Vermögen ist entsprechend geringer.«

Im Grunde genommen gibt es drei Tasten, auf die wir argumentativ drücken können, um in den Diskurs um Steuergerechtigkeit einzusteigen. Je nachdem, wo wir drücken, wird eine andere Melodie gespielt: Taste 1, der Staat sei grundsätzlich ein legaler Räuber und Wegelagerer. Auftritt eines Großphilosophen, der Steuern als maßlosen Ausdruck einer staatlichen Okkupationslogik betrachtet, »bei allen Vorgängen unseres ökonomischen und vitalen Stoffwechsels ... mit im Spiel zu sein, das heißt hier: eine Prämie auf alles zu nehmen«.

Taste 2, der Staat betrachte Steuern als gerechten Preis für ein Leben seiner Bürger in geordneten Verhältnissen. Auftritt eines Wirtschaftsphilosophen, der Gesellschaft als kooperatives Netzwerk betrachtet, das sowohl ökonomisch als auch ethisch legitimiert werden muss. In dem aber, so seine Denkfigur, die Hochtalentierten mehr profitieren als die Schwächergestellten. Weswegen sie auch mehr Einkommensteuer (Progression) als Benutzungsgebühr bezahlen sollen. »In dem Gedanken der Benutzungsgebühr ist die Überlegung enthalten, dass der karrieropolitisch erfolgreiche Einsatz der natürlichen Fähigkeiten, Talente und Begabungen ebenso wie die positive Verzinsung günstiger

sozialer Startbedingungen abhängig von einem gut funktionierenden, hinreichend ausdifferenzierten und politisch stabilen, durch allgemeine Anerkennung getragenen sozioökonomischen Kooperationssystem ist.«

Und Taste 3 bedeutet, der Staat müsse Maß halten und das Prinzip der Freiheit des Einzelnen achten. Hier treffen wir zum Abschluss einen Großsteuerwissenschaftler mit seinem Credo: »Eine Steuer ist freiheitsgerecht ausgestaltet, wenn sie den Pflichtigen möglichst gering belastet, ihm also den wesentlichen Teil seines Einkommens, seiner Kaufkraft und seiner Erbschaft zum eigenen Nutzen belässt. Die Steuer hat auch die Freiheit des Einkommensbezieher und Konsumenten zu achten, über sein Einkommen und seine Kaufkraft möglichst unbeeinflusst zu verfügen.«

## Auf der Zielgeraden

Das Thema »gerechte Löhne und Steuern in Deutschland« steckt fest in den verschleimten Erörterungs- und Begründungskorridoren mit ihren unversöhnlichen Kombattanten. Jeder dieser Akteure erfüllt seine Argumentationspflichten. Wichtig ist dabei längst nicht mehr die Qualität des Diskurses oder die Möglichkeit von Versöhnung und Interfusion der Positionen, sondern das Besetzen und Behaupten der Rollen im Drehbuch. Ob Wirtschaftsforscher oder Sozialpolitiker, ob Philosoph oder Lobbyist, jeder wird zur gegebenen Zeit aufgerufen, seine Rolle im Hinblick auf die Gesamtinszenierung zu spielen. Überraschen kann dabei keiner mehr. Jedes Argument ist längst schon eingeordnet in die Kaskade jeweiliger Gerechtigkeitsverteidigungen. Die Plädoyers sind längst geschrieben. Und damit auch die Urteile und ihre eindeutigen Begründungsarchitekturen.

Verzweifeln muss die moderne Gesellschaft daran nicht. Denn ihre Perspektivendifferenz ist der Schlüssel für situationsbezogene Kompetenz. Je nachdem, welche Perspektive man einnimmt (und es gibt gute Gründe, jede einzunehmen), würde auch eine gerechte Lösung her-

auskommen. Ein bekannter Nobelpreisträger hat über Gerechtigkeit folgende Worte geschrieben: »Für sämtliche unterschiedliche Lösungen sprechen gewichtige Argumente, und wir können möglicherweise keines der alternativen Argumente ohne eine gewisse Willkür über die anderen stellen.« Eine Gesellschaft ist ständig auf der Suche nach Selbstvergewisserung und eigenlogischer Begründung. Dafür benötigt sie Begriffe, Metaphern und Bilder, die im jeweiligen Korridor *jenen* sozialen Sinn entfalten können, mit dem die Mitglieder ihre besondere Zugehörigkeit legitimieren können. Es kommt zu unterschiedlichen Publikumszugehörigkeiten, je nach Perspektive. Die Gesellschaft als Ganzes wird jedoch »undarstellbar«. Auch das können wir aushalten. So stimmen wir zu guter Letzt der Erkenntnis eines Großphilosophen aus dem Jenseits zu: »Was sich überhaupt sagen lässt, lässt sich klar sagen; und wovon man nicht reden kann, darüber muss man schweigen.« Das gilt auch für die Frage der Verteilung.

Der leicht überarbeitete Text erschien in der Originalfassung in Peter Felixberger, Armin Nassehi: *Deutschland. Ein Drehbuch*. Hamburg 2016.